

München, 21.09.2015

## Missbrauch von Werkverträgen stoppen

### SPD-Landtagsfraktion unterstützt IG Metall im Kampf für gesetzliche Rahmenbedingungen

Die SPD-Landtagsfraktion macht sich für die Beschäftigten der Metallindustrie stark und fordert gesetzliche Regelungen, um den Missbrauch von Werkverträgen einzudämmen. "Die Unternehmen untergraben mit der Auslagerung von Aufträgen mit Hilfe von Werkverträgen die Tarifverträge", erklärt Fraktionschef **Markus Rinderspacher**. "Die Folge sind Wettbewerbsverzerrung, Lohndumping und unsichere Beschäftigung. Hier ist die Bundesregierung in der Pflicht, endlich die im Koalitionsvertrag angekündigte Gesetze umzusetzen."

Die IG Metall hatte auf einer Pressekonferenz am heutigen Montag (21.09.2015) auf das Problem hingewiesen und vor einer Spaltung der Belegschaft durch die Werkverträge gewarnt. Einer Umfrage zufolge arbeiteten bereits fast 80 Prozent der Firmen mit Werkverträgen, so der bayerische IG Metall-Chef Jürgen Wechsler. "Auch im reichen Bayern ist Lohndumping durch Werkverträge an der Tagesordnung", erklärt Rinderspacher. "Auch die Staatsregierung muss ihren Beitrag leisten und dafür Sorge tragen, dass öffentliche Aufträge nicht an Firmen vergeben werden, die mit Werkverträgen Mißbrauch betreiben."